

Graubünden will das warme Klima auch als Chance nutzen

Heute entscheidet der Grosse Rat darüber, ob der Kanton mit einem «Green Deal» wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel ergreifen will. Dagegen ist kaum jemand.

von Reto Furter

Die Debatte war engagiert, lang und muss aus Zeitgründen sogar heute Vormittag fortgesetzt werden, die Argumente lagen allerdings sofort auf dem Tisch: Der Grosse Rat wird heute einem parlamentarischen Auftrag des Davoser SP-Grossrates Philipp Wilhelm zustimmen, der – zusammen mit einer Mehrheit der 120 Grossräte – einen «Green Deal» für Graubünden fordert und den Klimawandel als Chance nutzen will. Es war keine Handvoll Grossräte, die sich gestern dem Anliegen entgegenstimmten, aber auf verlorenem Posten kämpften.

Die Auswirkungen der Erderwärmung gehörten «zu den grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit», argumentierte Wilhelm in seinem Vorstoss, deshalb müsse der globale Temperaturanstieg auf «deutlich unter zwei Grad Celsius» beschränkt werden. Graubünden müsse dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, denn Graubünden sei als Alpenregion überdurchschnittlich von der Klimaerwärmung betroffen.

Der Kanton soll deshalb «mit höchster zeitlicher Priorität» einen umfassenden Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» vorlegen, der konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz enthält. Damit soll Graubünden die Chancen der Energiewende nutzen und interkantonal und international eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Die Regierung ist – das war bereits ihrer schriftlichen Antwort zu entnehmen – bereit, den Auftrag entgegenzunehmen, möchte ihn aber ergänzen. Dazu äussern wird sich heute Regierungspräsident Jon Domenic Parolini.

Keine Einigkeit bei der FDP

Einer, der sich gestern polternd gegen einen Bündner «Green Deal» aussprach, war der Ilanzer FDP-Grossrat Lorenz Alig. Er glaube dem «Expertenblödsinn» von Wissenschaftlern nicht, die von einer drohenden Gefahr warn-



Heizen mit fossilen Brennstoffen war gestern: Graubünden soll Massnahmen zum Klimaschutz einleiten.

Bild Archiv



«Gesellschaftliche Verantwortung jenen gegenüber wahrnehmen, die nach uns kommen.»

Pascal Pajic
SP-Grossratsstellvertreter, Chur

ten, sagte er. Schliesslich hätten die gleichen Wissenschaftler «vor 40 Jahren Weltuntergangsstimmung verbreitet» und gewarnt, der Wald würde sterben. Passiert sei das Gegenteil. «Ich mag das Gejammer vom Klimawandel nicht mehr hören», so Alig weiter, «das ist nur Wahlpropaganda.»

Ausgerechnet sein Parteikollege, der Oberengadiner FDP-Grossrat Michael Pfäffli, sah das aber dezidiert anders. Er wolle die «FDP in die Pflicht nehmen», sagte er, die schweizweit zwar für eine CO₂-Abgabe für gefährliche Strassenkilometer, aber nicht für eine solche für Flugkilometer einsteht.

Massnahmen für den Klimaschutz müssten wehtun und alle betreffen, sonst fehle die Akzeptanz. Es sei «Zeit zu handeln – ich stehe dafür ein». Die Mehrheit der FDP dürfte heute Pfäffli folgen.

Pontresina als Exempel

Von einem Wink mit dem Zaunpfahl sprach der Emser CVP-Grossrat Erich Kohler, weil man die Debatte über den Klimawandel nämlich ausgerechnet an der Aussensession in Pontresina führe, in einer Gemeinde, die stark von den Auswirkungen der Erwärmung betroffen sei.

«Ich mag das Gejammer vom Klimawandel nicht mehr hören. Das ist Wahlpropaganda.»

Lorenz Alig
FDP-Grossrat, Ilanz

Ihm folgten andere Mitglieder der CVP, etwa die Bonaduzer Grossrätin Elita Florin, die mehr Kantonsgeld für den Langsamverkehr forderte, um den motorisierten Verkehr zu entlasten. Nicht mehr Geld, sondern «endlich Taten» forderte der Churer GLP-Grossrat Josias F. Gasser. Jetzt müsse man handeln, versuchte er dem Parlament ins Gewissen zu reden.

Augenreiben im Saal

Die Nacht überdauern wird aber ein eloquentes Votum des Churer SP-Grossratsstellvertreters Pascal Pajic, der die junge Bevölkerung zu Wort kommen liess. Jugendliche hätten «Angst vor der Zukunft». «Man muss die Jugend ernst nehmen und gesellschaftliche Verantwortung jenen gegenüber wahrnehmen, die nach uns kommen», so Pajic. Und man müsse, so Pajic an Alig gerichtet, «seinen Horizont erweitern».

Grossrat sägt nicht an Stuhl

Die Mitglieder des Grossen Rates wollen die eigene Amtszeit nicht beschränken.

Mit 68:48 Stimmen hat es der Grosse Rat gestern abgelehnt, einen entsprechenden Vorstoss des Churer BDP-Grossrats Oliver Hohl zu überweisen. Dieser hätte von der Regierung verlangt, einen angemessenen Vorschlag auszuarbeiten, wie die Amtszeit von Grossratsmitgliedern sowie Grossratsstellvertreterinnen und -vertretern zu beschränken sei. Unterschrieben haben den Vorstoss neben Erstunterzeichner Hohl 54 Grossrätinnen und Grossräte, also rund die Hälfte der Ratsmitglieder (Ausgabe vom 6. Dezember 2018).

Zeichen für gelebte Demokratie

Eine Amtszeitbeschränkung sei ein bewährtes Mittel für eine institutionalisierte und durchgängige Rotation, argumentierte Grossrat Hohl. Und auch SP-Politiker Tobias Rettich (Fünf Dörfer) sah darin eine faire Chance für gelebte Demokratie. Wenn nämlich bisherige Parlamentarier antreten und als gesetzt gälten, führe dies bei den Jungen zu Politikverdrossenheit, so Rettich während der Debatte. Auch Jan Koch (SVP, Fünf Dörfer) sah darin ein Mittel, das Parlament dynamischer zu machen.

Parlamentarier bieten Paroli

Der Churer FDP-Grossrat Urs Marti hingegen stemmte sich gegen das «an sich hehre Ansinnen». Denn die Realität sehe heute anders aus, nämlich so, dass die Parteien Mühe hätten, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, welche sich für eine Wahl zur Verfügung stellten. Zudem führe eine hohe Fluktuation, wie derzeit im Churer Gemeinderat, dazu, dass permanent Wissen verloren gehe. «Die Regierung braucht ein starkes Parlament, welches der Regierung Paroli bietet», so Marti. «Und diese Stärke ergibt sich aus Erfahrung.» Und der Churer FDP-Grossrat Rudolf Kunz schliesslich meinte: «Wir wollen ein Problem lösen, das faktisch nicht besteht.» Diesem Votum schloss sich auch der zuständige Regierungspräsident Jon Domenic Parolini an. (us)

Auf Tuchfühlung: Der Grosse Rat ruft zum Apéro – und das Oberengadin kommt



Nach der Polit-Debatte ist vor der Debatte: SP-Regierungsrat Peter Peyer (linkes Bild, rechts) mit dem St. Moritzer Gemeindepräsidenten Christian Jott Jenny; FDP-Parteipräsident Bruno W. Claus (rechtes Bild, rechts) im Gespräch mit Vorgänger und Hotelier Christian Walther.

Bilder Olivia Item

Hassattacken statistisch erfassen

Anfeindungen und Aggressionen gegen Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender sollen vom Kanton künftig erfasst, analysiert und in einer Statistik publiziert werden. Dies verlangt Grossratsstellvertreter Pascal Pajic (SP, Chur) in einem parlamentarischen Vorstoss. Es sei zwar schon viel erreicht worden, was die Rechte von LGBTQ-Menschen betreffe, so Pajic, dennoch würden LGBTQ-Personen auch in Graubünden regelmässig psychische, verbale, körperliche oder sexuelle Gewalt erleiden. LGBTQ steht dabei für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell und jegliche sexuelle Orientierung abseits der Heterosexualität.

Pajic möchte zudem von der Regierung wissen, ob sie bereit wäre, Polizistinnen und Polizisten im Umgang mit LGBTQ-feindlichen Aggressionen zu schulen, LGBTQ-Menschen vor Hassverbrechen zu schützen und Massnahmen zu treffen, um die erhöhte Suizidrate von LGBTQ-Jugendlichen zu senken. (us)